FMSG

FINANZMARKTSTABILITÄTSGREMIUM

FMSG Jahresbericht 2014
gemäß §13 Abs 10 FMABG

FMSG
FINANZMARKTSTABILITÄTSGREMIUM

Inhalt

Management Summary 3

Über das FMSG 4

- Aufgaben des FMSG 4
- Mitglieder des FMSG 4
- Einbettung des FMSG in das institutionelle Rahmenwerk 5

Was ist makroprudenzielle Aufsicht? 8

- Ziele der makroprudenziellen Aufsicht 8
- Aufgaben der makroprudenziellen Aufsicht 9
- Instrumente der makroprudenziellen Aufsicht 10

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen 13

- Entwicklung des Bankensektors 13
- Entwicklung des Versicherungssektors 18
- Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen 21
- Entwicklung des Wertpapiersektors 22

Tätigkeitsbericht 24

Management Summary

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) wurde 2014 als nationales Gremium für makroprudenzielle Aufsicht eingerichtet. Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen(BMF), des Fiskalrats, der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) tragen mit ihrem Expertenwissen dazu bei, dass die Finanzmarktstabilität in Österreich gewahrt bleibt. Das FMSG unterstützt dabei die als zuständige Behörde fungierende FMA und die als Gutachter tätige OeNB.

Die makroprudenzielle Aufsicht wurde als eine der Lehren aus der Finanzkrise entwickelt. Im Unterschied zur mikroprudenziellen Finanzmarktaufsicht mit ihrer einzelinstitutsbezogenen Sichtweise werden strukturelle und zyklische Risiken, die das Finanzsystem als Ganzes betreffen, identifiziert und adressiert, um schwerwiegende Auswirkungen auf das Finanzsystem und in Folge auf die Realwirtschaft vermeiden zu können. Auf Europäischer Ebene wurde im Jahr 2011 der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) im Rahmen des Europäischen Systems der Finanzaufsicht als makroprudenzielles Gremium eingerichtet.

Bis dato stehen makroprudenzielle Maßnahmen primär im Bankensektor zur Verfügung. Wesentliches Mittel der makroprudenziellen Aufsicht sind Kapitalpuffer, mit denen allen Instituten bzw. bestimmten Gruppen von Instituten zusätzliches hartes Kernkapital vorgeschrieben wird. So kann bereits seit Anfang 2014 für strukturelle, systemische Risiken ein Systemrisikopuffer festgesetzt werden. Ab Anfang 2016 folgen der Antizyklische Kapitalpuffer, um den Aufbau zyklischer systemischer Risiken zu mindern sowie die Möglichkeit, Kapitalpuffer für Systemrelevante Institute vorzuschreiben.

2014 fanden zwei Sitzungen des FMSG statt. Die erste Sitzung war vor allem von organisatorischen Entscheidungen anlässlich der Konstituierung geprägt. Die zweite Sitzung fokussierte auf strukturelle Risiken im österreichischen Bankensektor. Als wesentliche systemische Risiken für die österreichische Finanzmarktstabilität wurden vom FMSG der überdurchschnittlich große Bankensektor für eine kleine offene Volkswirtschaft, die hohe Exponierung gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften in Europa, die im Vergleich zu Banken mit ähnlichen Geschäftsmodellen niedrige Kapitalausstattung und die spezifischen Eigentümerstrukturen, die in einer Krise teilweise nur eingeschränkt in der Lage wären, Banken zu rekapitalisieren, identifiziert.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Neues Gremium für makroprudenzielle Aufsicht und Finanzmarktstabilität

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß §13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit der Bestandsgefährdung von Instituten und einer daraus resultierenden Systemgefährdung, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen , (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch die OeNB identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Mitglieder aus BMF, Fiskalrat, FMA und OeNB

Die Mitglieder des FMSG tragen durch ihre Expertise dazu bei, Gefahren für die Finanzmarktstabilität zu erkennen sowie geeignete und erforderliche Maßnahmen zu setzen, um diese abzuwehren. Die Vorsitzführung obliegt dem BMF, was auch dessen gesamtwirtschaftliche Verantwortung widerspiegelt. Die Mitglieder und deren Stellvertreter werden von den jeweiligen Institutionen nominiert, die Bestellung erfolgt durch die Bundesregierung. Die Mitglieder des FMSG sind in der Ausübung ihres Mandats an keine Weisungen der sie entsendenden Institutionen gebunden.

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen.

Vorsitzender
Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Alfred Katterl (BMF)

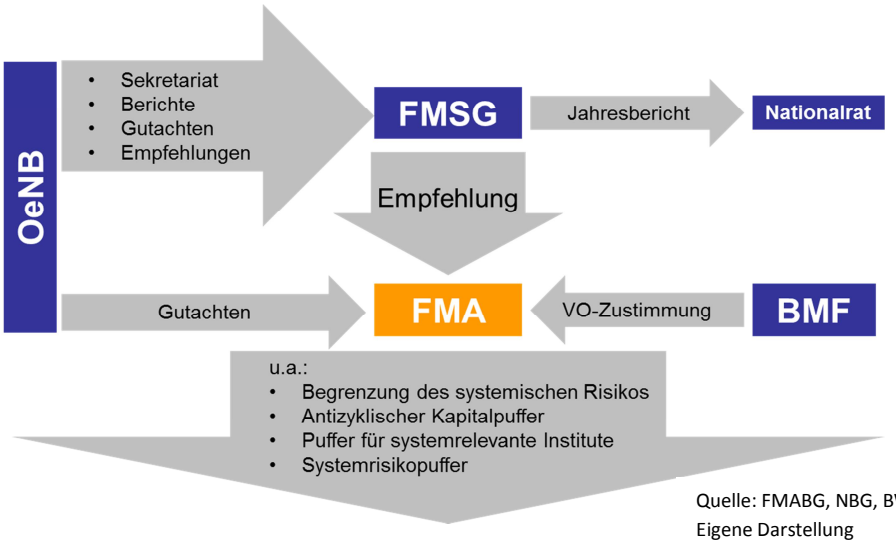
Mitglieder
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer (Fiskalrat)
Mag. Andreas Ittner (OeNB)
Mag. Klaus Kumpfmüller (FMA)
Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat)

Stellvertretende Mitglieder
Mag. Helmut Ettl (FMA)
Dkfm. Dr. Edith Kitzmantel (Fiskalrat)
MMag. Peter Part (BMF)
Mag. Philip Reading (OeNB)
Dr. Beate Schaffer (BMF)
Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat)

Einbettung des FMSG in das institutionelle Rahmenwerk

Wichtige Rollen für OeNB und FMA

Neben dem FMSG als zentralem Willenbildungsorgan der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich nehmen auch FMA und OeNB wichtige Rollen im institutionellen Rahmenwerk ein. Auf europäischer Ebene interagiert das FMSG zudem mit ESRB und EZB.



Quelle: FMABG, NBG, BWG ; Eigene Darstellung

FMA

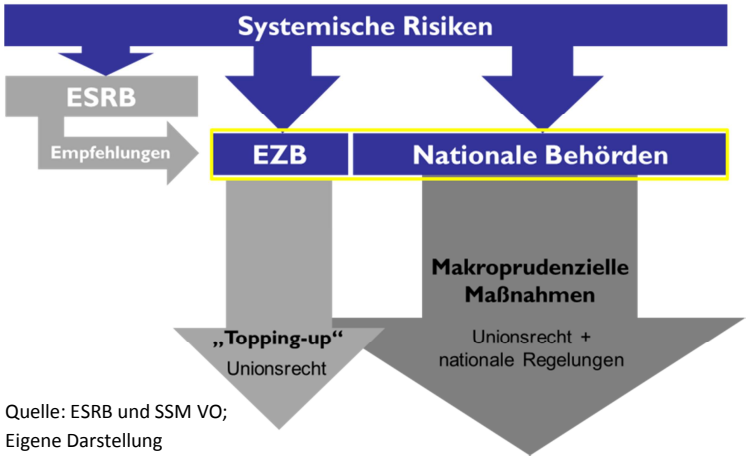
FMA ist zuständige Behörde

Die FMA ist zuständige Behörde für die makroprudenzielle Aufsicht in Österreich. Ihr obliegt die hoheitliche Umsetzung des Kapitalpufferregimes (§§ 23a-23d Bankwesengesetz, BWG) sowie der Maßnahmen zur Begrenzung des systemischen Risikos nach §22a BWG. Mit Ausnahme von §22a kann sie auch ohne Empfehlung des FMSG tätig werden, die Verordnungen zu den Kapitalpuffern bedürfen jedoch einer Genehmigung durch das BMF. Mit wenigen Ausnahmen hat die FMA die OeNB für Gutachten zur Anwendung der makroprudenziellen Aufsichtsmaßnahmen heranzuziehen. Die FMA übt ihre behördliche Funktion weisungsfrei aus. Stellt das FMSG Risiken im Finanzsektor fest, die eine nachteilige Wirkung auf die Finanzstabilität haben können, richtet es Empfehlungen für die Eindämmung bzw. das Abwenden dieser Risiken an die FMA. Die FMA teil dem FMSG binnen längstens drei Monaten mit, auf welche Weise sie beabsichtigt, diese Risiken zu adressieren. Sollte die FMA beabsichtigen, eine Empfehlung nicht umzusetzen, hat sie dies gegenüber dem FMSG eingehend zu begründen („act or explain“).

OeNB

OeNB erstellt Analysen und Gutachten

Gemäß § 44c Nationalbankgesetz (NBG) trägt die OeNB im Inland zur Wahrung der Finanzmarktstabilität, Minderung der Systemgefährdung und Reduzierung des systemischen und prozyklisch wirkenden Risikos bei. Insbesondere analysiert und identifiziert sie mögliche Gefahren, die die Finanzmarktstabilität beeinträchtigen könnten. Ihre Beobachtungen, Feststellungen und Gutachten stellt sie dem FMSG zur Verfügung. Ebenfalls kann sie dem FMSG Empfehlungen an die FMA vorschlagen. Etwaige Umsetzungsmaßnahmen der FMA hat die OeNB zu analysieren und dem FMSG zu berichten. Schließlich trägt die OeNB noch den Sach- und Personalaufwand für das FMSG und bereitet den jährlichen Bericht zur Tätigkeit des FMSG und zur Lage und Entwicklung der Finanzmarktstabilität vor.



Quelle: ESRB und SSM VO;
Eigene Darstellung

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM)

EZB kann höhere Kapitalpuffer festlegen

Die Europäische Zentralbank (EZB) kann im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der Eurozone (SSM) erforderlichenfalls anstelle der nationalen Behörden der teilnehmenden Mitgliedstaaten strengere als die von diesen festgelegten Anforderungen für Kapitalpuffer in den im Unionsrecht ausdrücklich bestimmten Fällen festlegen („Topping-up“). Beabsichtigt die EZB derartige Maßnahmen zu setzen, muss sie mit den nationalen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten eng zusammen arbeiten. Sie teilt ihre Absicht den betreffenden nationalen Behörden vor einer solchen Entscheidung mit. Erhebt eine nationale Behörde Einwände, so muss sie dies schriftlich begründen. Die EZB trägt dieser Begründung Rechnung, bevor sie die Beschlussfassung gegebenenfalls fortsetzt. Umgekehrt muss die nationale Behörde die EZB vor dem Setzen einer Maßnahme informieren. In diesen Prozess zwischen FMA und EZB ist das FMSG mit Informations- und Empfehlungsrechten eingebunden.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB)

ESRB erstellt Warnungen
und Empfehlungen

Der ESRB kann Warnungen und Empfehlungen an die Union insgesamt, eine oder mehrere Europäische Aufsichtsbehörden[1], Mitgliedstaaten der Europäischen Union und nationale Aufsichtsbehörden richten, soweit er signifikante Risiken für die Entwicklungen innerhalb des europäischen Finanzsystems feststellt. Sofern der ESRB Warnungen oder Empfehlungen an die Republik Österreich oder die FMA richtet, ist es auch die Aufgabe des FMSG, über den Umgang mit diesen Warnungen und Empfehlungen zu beraten.

[1] Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA)

Was ist makroprudenzielle Aufsicht?

Ziele der makroprudenziellen Aufsicht

Systemische Risiken im Finanzsystem sollen begrenzt werden

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass eine auf Solvenz und Stabilität von einzelnen Finanzmarktteilnehmern ausgerichtete (mikroprudenzielle) Aufsicht sowie eine auf die Preisstabilität fokussierte Geldpolitik alleine keine Gewähr für die Stabilität des Finanzsystems bieten. Die Ursachen dafür sind vielfältig und umfassen unter anderem:

- Die stärkere Vernetzung zwischen den Finanzinstitutionen, die das Ansteckungspotential deutlich angehoben und die Ansteckungsgeschwindigkeit im Falle einer Krise erhöht hat.
- Die deutliche Unterschätzung der Auswirkungen des inhärent prozyklischen Verhaltens der Banken auf die Stabilität des Finanzsystems.
- Die negativen Anreizeffekte, die sich aus „Too-big-to-fail", der impliziten Staatsgarantie sowie aus der steuerlichen Bevorzugung von Fremdkapital ergeben.

Die neu eingeführte makroprudenzielle Aufsicht - die Aufsicht über das Finanzsystem im Ganzen - schließt die Lücke zwischen mikroprudenzieller Aufsicht und Geldpolitik. Oberstes Ziel makroprudenzieller Aufsichtspolitik ist die Begrenzung des systemischen Risikos. „Systemisches Risiko" wird in § 2 Z 41 BWG definiert als: „Risiko einer Störung im Finanzsystem insgesamt oder von Teilen des Finanzsystems, die schwerwiegende negative Auswirkungen im Finanzsystem und in der Realwirtschaft nach sich ziehen kann".

Unterscheidung zwischen zeitlicher und struktureller Dimension von Systemrisiken

Analytisch-konzeptionell unterscheidet die wissenschaftliche Literatur zwei Dimensionen von systemischem Risiko:

1) Die zeitliche Dimension bezieht sich auf die Entstehung von Systemrisiken im Zeitverlauf, insbesondere über den Finanz/Kredit- und Konjunkturzyklus, mit prozyklischen Auswirkungen („Boom-Bust-Zyklen").
2) Die strukturelle bzw. sektorübergreifende Dimension bezieht sich auf die Konzentration von Risiken im Finanzsystem („quer durch") zu einem bestimmten Zeitpunkt; bspw. Risiken durch gleichgerichtete Verhaltensweisen vieler Finanzmarktakteure („Herdenverhalten") oder Risiken von systemrelevanten Finanzinstituten („too big to fail" Problematik).

In der Praxis bedingen und überschneiden sich diese beiden Dimensionen und eine klare Trennung wird nicht überall möglich sein, d.h. gewisse Aspekte eines systemischen Risikos werden der zeitlichen, andere Aspekte der strukturellen Dimension zuzuordnen sein.

Neben dem grundsätzlichen Ziel der Wahrung der Finanzmarktstabilität durch Bekämpfung systemischer Risiken hat der ESRB zur besseren Operationalisierbarkeit eine Empfehlung zu Zwischenzielen und Instrumenten für makroprudenzielle Maßnahmen[2] erlassen. Darin werden konzeptionell folgende fünf Zwischenziele unterschieden:

1) Exzessives Kreditwachstum und Leverage begrenzen
2) Exzessive Fristeninkongruenz und Liquiditätsstörungen begrenzen
3) Konzentrationsrisiken im Finanzsystem mitigieren
4) Fehlanreize und Moral Hazard adressieren
5) Widerstandsfähigkeit von Finanzinfrastrukturen erhöhen.

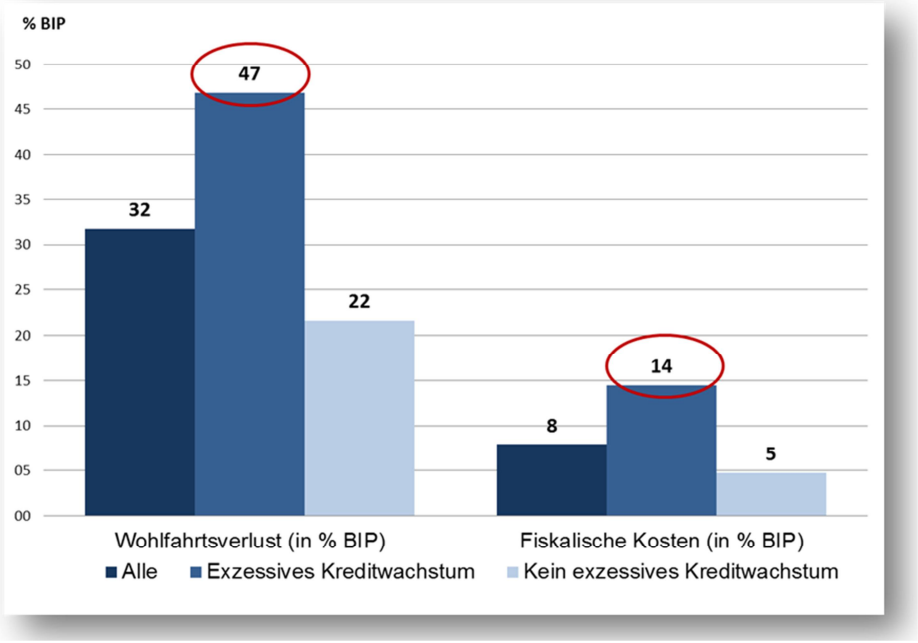
Aufgaben der makroprudenziellen Aufsicht

Maßnahmen können präventiv ergriffen werden

Der Ansatz der makroprudenziellen Aufsicht ist eine grundlegende Innovation, es kann von einem Paradigmenwechsel in der Aufsicht gesprochen werden. Sie stellt eine große Herausforderung dar, da Maßnahmen präventiv ergriffen werden müssen. Die Aufsicht handelt auf Basis vorausschauender Risikoidentifikation, während sich das Wirtschaftswachstum noch in einer (nicht nachhaltigen) Boomphase befindet. Wirkt die makroprudenzielle Aufsicht, sind zwar die kurzfristigen Kosten in Form des eingebremsten Wirtschaftswachstums spürbar, doch der längerfristige Nutzen durch das Nichteintreten bzw. schwächere Eintreten einer Krise sollte diese übertreffen. Diesen Nachweis zu erbringen, obliegt der makroprudenziellen Aufsicht, was eine beträchtliche methodische Herausforderung darstellt. Die Abbildung unten illustriert die Kosten von Finanzkrisen in der Vergangenheit anhand von EWR-Staaten für den Zeitraum 1977 bis 2008. Diese Kosten sollen durch eine wirksame makroprudenzielle Aufsicht reduziert werden.

[2] Recommendation of the ESRB of 4 April 2013 on intermediate objectives and instruments of macro-prudential policy (ESRB/2013/1), OJ 2013/C 170/01, Link: http://www.esrb.europa.eu/pub/html/index.en.html

Wohlfahrtsverluste und Fiskalische Kosten von Bankenkrisen



Quelle: IMF Global Banking Crises Data Base Update, eigene Berechnungen auf Basis kumulierter Bruttokosten über 3 Jahre. Sample: EWR-Staaten 1977-2008, n=34;

Diese Innovation in der Aufsicht bedarf einer Reihe neuer Aufsichtsinstrumente, um systemische Risiken treffsicher und flexibel adressieren zu können. Mittels eines umfangreichen Instrumentariums soll nun zentralen Fehlentwicklungen im Finanzsystem entgegengewirkt werden: etwa durch den antizyklischen Kapitalpuffer im Fall von exzessivem Kreditwachstum, einer strengeren Kapitalunterlegung von Risiken in bestimmten Sektoren der Wirtschaft (beispielsweise bei Überhitzung des Immobiliensektors), besonderen Liquiditätsanforderungen oder zusätzlichen Offenlegungspflichten zur Erhöhung der Markttransparenz. Solche verschärften makroprudenziellen Anforderungen sollen dabei nach den Grundsätzen von Proportionalität und Effizienz passgenau für das jeweilige Risiko, nur für die betroffenen Institute, und zeitlich begrenzt eingesetzt werden.

Instrumente der makroprudenziellen Aufsicht

Maßnahmen wirken auf Bilanzstruktur, Geschäftsbedingungen, Marktinfrastruktur

Makroprudenzielle Maßnahmen können nach ihrer Wirkweise in folgender Hinsicht unterschieden werden[3]:

[3] Siehe bspw: Bank of England, Discussion Paper: Instruments of macroprudential policy, December 2011; siehe insb. Seiten 17 und 18, Tables 3.A und 3.B; Link: http://www.bankofengland.co.uk/publications/Pages/news/2011/160.aspx

1) Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Bilanzstruktur: Instrumente dieser Kategorie beeinflussen das Ausmaß des Verschuldungsgrads und die Fristentransformation im Finanzsystem. Sie eignen sich zur Adressierung von zyklischen und strukturellen Risiken. Geeignete Instrumente wären u.a.: Begrenzung des Verschuldungsgrads, antizyklische Kapital- und Liquiditätspuffer, Rückstellungsregeln (Provisioning), Puffer für Systemrelevante Institute, Systemrisikopuffer, Großkreditgrenzen, Ausschüttungsbeschränkungen.
2) Maßnahmen, die Geschäftsbedingungen beeinflussen: Diese Instrumente sind v.a. zur Adressierung von zyklischen Risiken geeignet. Als Beispiele können Loan to Value-Ratios (Belehngrenzen), Loan to Income-Ratios (Begrenzungen der Kredithöhe im Verhältnis zum Einkommen), Margin-Anforderungen bzw. Sicherheitsabschläge im Zusammenhang mit besicherten Finanzierungen und Transaktionen mit Derivaten angeführt werden.
3) Maßnahmen betreffend Markt(infra)strukturen: Dazu zählen Instrumente, die auf Verbesserung der Markt(infra)struktur abzielen und insb. die Verteilung von Risiken im Finanzsystem zu einem gegebenen Zeitpunkt (im Kreditzyklus) sowie die Intransparenz und Komplexität im Finanzsystem adressieren. Dazu zählen Anforderungen zu zentralem Clearing, Verwendung von Organisierten Trading Plattformen (OTF iSv MiFID II), spezifische Offenlegungsbestimmungen und Anpassung von Risikogewichten für bestimmte Transaktionen zwischen Finanzintermediären.

Mit der Novelle BGBl. I 184/2013 vom 7. August 2013 wurde in einem eigenen Abschnitt (§§ 22 bis 24a) des BWG die „Makroprudenzielle Aufsicht“ als neue Säule der Bankenaufsicht gesetzlich verankert und diese institutionell mit dem neu geschaffenen Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) verschränkt. Damit wurde das Kapitalpufferregime der Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD) sowie das nationale Flexibilitätspaket gem. Art. 458 Kapitaladäquanzverordnung (CRR, nationale Maßnahmen zur Begrenzung des systemischen Risikos) in einer institutionellen Arbeitsteilung zwischen FMA (zuständige Behörde), FMSG (Empfehlungen) und OeNB (gutachterliche Äußerung) umgesetzt.

Kapitalpufferregime

Zusätzliches hartes Kernkapital als Puffer für Systemrisiken

Kapitalpuffer gegen zyklische Risiken sollen in „guten Zeiten“ aufgebaut und in „schlechten Zeiten“ verwendet werden. Puffer gegen strukturelle Risiken sollen diese dauerhaft begrenzen. Sie sind in hartem Kernkapital zusätzlich zu den Mindesteigenmittelerfordernissen und etwaigen zusätzlichen Eigenmittelerfordernissen zu halten. Unterschreitungen haben Ausschüttungsbeschränkungen und die Verpflichtung zur Erstellung eines Kapitalerhaltungsplans zur Folge.

Antizyklischer Kapitalpuffer (§ 23a BWG):

Puffer für zyklische Systemrisiken

Der Antizyklische Kapitalpuffer (AZKP) soll Risiken aus dem Kreditzyklus und übermäßigem Kreditwachstum in einem Mitgliedstaat entgegenwirken. Die Höhe des Puffers hängt von der jeweiligen Entwicklung und den spezifischen Gegebenheiten der Volkswirtschaft des Mitgliedstaates ab.

Kapitalpuffer für Systemrelevante Institute (§ 23b und c BWG):

Puffer für Systemrelevante Institute

Kapitalpuffer sind für Global Systemrelevante Institute (G-SII) festzulegen, wenn deren Zusammenbruch zu systemischen Risiko mit globalen Auswirkungen führt. Institute, die in einem nationalen Kontext systemrelevant sind, sind als Andere Systemrelevante Institute (O-SII) einzustufen, wenn davon auszugehen ist, dass eine Fehlfunktion oder das Scheitern dieses Instituts zu systemischem Risiko führt. EBA-Leitlinien beschreiben die Kriterien für die Einstufung und die Höhe der Kapitalpufferanforderung.

Systemrisikopuffer (§23d BWG):

Puffer für strukturelle Systemrisiken

Ein Systemrisikopuffer (SRP) kann für alle oder auch nur für bestimmte Arten von Instituten verhängt werden, um langfristige, nicht-zyklische systemische Risiken zu vermindern bzw. abzuwehren.

Maßnahmen zur Begrenzung von systemischen Risiken (§ 22a BWG, Art 458 CRR)

Nationale Flexibilität bei voll-
harmonisierten Aufsichtsanforderungen

Das sogenannte „Nationale Flexibilitätspaket“ ermöglicht strengere nationale Aufsichtsmaßnahmen in Bezug auf vollharmonisiert geregelte Aufsichtsanforderungen wie z.B. Eigenmittelanforderungen, Anforderungen für Großkredite und Offenlegungspflichten. Derartige Maßnahmen können nur auf Basis einer entsprechenden FMSG-Empfehlung gesetzt werden und sind nachrangig gegenüber allen anderen makroprudenziellen Aufsichtsbefugnissen gemäß CRD/CRR.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

Entwicklung des Bankensektors

Trotz niedriger Zinsen blieb die Kreditnachfrage in Österreich verhalten

Die europäischen Finanzmärkte waren im Jahr 2014 von niedrigen Zinsen und einer expansiven Geldpolitik geprägt, mit der die EZB auf die niedrige Inflation sowie das schwache konjunkturelle Umfeld reagierte, um die Wirtschaft zu unterstützen. Angesichts hoher außenwirtschaftlicher Unsicherheiten und einer schwachen Inlandsnachfrage verlor die Konjunktur in Österreich 2014 dennoch deutlich an Dynamik bzw. stagnierte im zweiten Halbjahr. Aufgrund der Zurückhaltung bei Investitionen, die die Unternehmen nach wie vor in erheblichem Ausmaß aus ihrer Innenfinanzierung bestritten, blieb die Kreditaufnahme des heimischen Unternehmenssektors verhalten. Der starke Anstieg der nicht ausgenützten Kreditrahmen deutet auf eine schwache Kreditnachfrage hin.

Die Kreditvergabe an private Haushalte konzentrierte sich 2014 vornehmlich auf den Wohnbaubereich, wobei die Immobilienpreise in Österreich während dieser Zeit zwar weiter gestiegen sind, der Preisanstieg sich zuletzt aber etwas abschwächte.[4]

Insgesamt belief sich das ausstehende Bankkreditvolumen an österreichische Nichtbanken im Dezember 2014 auf EUR 332 Milliarden, wobei österreichische Banken brutto neue Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und an inländische Haushalte in Höhe von EUR 73 Milliarden bzw. EUR 21 Milliarden vergaben. Das aushaftende Volumen stieg damit (netto, bereinigt um Wechselkurseffekte) um rund 0,7% gegenüber dem Vorjahr. Die Kreditversorgung entwickelte sich daher – anders als in anderen europäischen Ländern – nicht negativ.

Kreditwachstum bei CESEE-Tochterbanken gestaltet sich heterogen

Mit Ende 2014 hatten die österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) Kundenkredite von insgesamt rund 177 Mrd EUR vergeben. Dies entsprach einem Rückgang auf Jahressicht in Höhe von 2%.[5] Getrieben von unterschiedlichen makroökonomischen und politischen Dynamiken zeigten die Entwicklungen in den einzelnen Ländern zum Teil deutliche Differenzen. Während z.B. in Russland weiterhin verstärkt Kredite vergeben wurden, ging das Kreditportfolio in der Ukraine, Rumänien oder Ungarn deutlich zurück.

[4] Für den österreichischen Gesamtmarkt ist das Immobilienpreisniveau weiterhin im Einklang mit den Fundamentaldaten. In Wien zeigt der OeNB-Immobilienfundamentalpreisindikator jedoch weiterhin eine Überbewertung an. Für weitere Informationen siehe: www.oenb.at/Geldpolitik/immobilienmarktanalyse.html

[5] Die angegebene Jahreswachstumsrate bezieht sich rein auf organisches, also nicht durch Zukäufe oder Verkäufe getriebenes, Wachstum.

Aufsichtliche Maßnahmen zur Reduktion der Fremdwährungskreditvergabe greifen

Auch wenn die Freigabe des Schweizer Franken-Wechselkurses durch die Schweizerische Notenbank im Jänner 2015 zu wechselkursinduzierten Verlusten bei den betroffenen Kreditnehmern geführt haben, bleiben die Initiativen der österreichischen Aufsicht zur Reduktion der Vergabe von Fremdwährungskrediten (FWK) weiterhin wirksam[6]. Per Ende 2014 sank das FWK-Volumen der nichtfinanziellen Unternehmen und der inländischen Haushalte im Jahresvergleich um 10% bzw. 13% (bereinigt um Wechselkurseffekte). Aufgrund ihrer besonderen Exponierung stehen Haushalte im Fokus der aufsichtlichen Beobachtung, und ihr ausstehender FWK-Bestand betrug Ende 2014 rund EUR 25 Milliarden, was einer deutlichen Reduktion seit dem Höchstwert von EUR 42 Milliarden im Juli 2011 entspricht. Der Anteil der FWKs am gesamten Kreditvolumen der Haushalte machte damit knapp 18% aus. Bis Ende Jänner 2015 ist aufgrund der Aufwertung des Schweizer Franken das ausstehende FWK-Volumen an private Haushalte auf EUR 28 Mrd (FWK-Anteil: 19%) gestiegen. Um den Aufwertungseffekt bereinigt sank das Volumen aber, da die FWK-Neukreditvergabe nur noch eine marginale Rolle spielt. Während ihr Anteil stetig sinkt, stellt der FWK-Altbestand jedoch weiterhin ein Risiko für die österreichische Finanzmarktstabilität dar, insbesondere, da mehr als drei Viertel der FWKs in Österreich endfällig und an einen Tilgungsträger geknüpft sind. Die Kreditnehmer sind in diesem Fall nicht nur einem Wechselkursrisiko (Aufwertung der Fremdwährung), sondern auch Kapitalmarktschwankungen ausgesetzt (potenzielle Wertminderung des Tilgungsträgers).

Auch bei den österreichischen Tochterbanken in CESEE ist bis Mitte 2014 eine Reduktion der Ausleihungen in landesfremden Währungen zu erkennen, da das FWK-Volumen seit Mitte 2013 (wechselkursbereinigt) um 6% zurückging und deren Anteil von 45% (Mitte 2013) auf 42% (Mitte 2014) fiel. Der Euro bleibt dabei die vorherrschende Fremdwährung.

Kreditqualität eine der wichtigsten Herausforderungen für österreichische Banken…

In Österreich verblieb die Kreditqualität auf gutem Niveau: Die unkonsolidierte Wertberichtigungsquote fiel bis Ende 2014 leicht auf 3,3%, während die Quote der notleidenden Kredite (NPL-Quote) leicht auf 4,4% anstieg (Ende 2013: 3,5% bzw. 4,1%). Das hohe Exposure österreichischer Banken in CESEE bedingt aber, dass die Qualität der Kredite österreichischer Bankengruppen stark von jener ihrer ausländischen Tochterbanken abhängt. Aufgrund des herausfordernden ökonomischen Umfelds und dem teils schwierigen Abbau von notleidenden Krediten in den Gastländern, blieb die Kreditqualität eine der Hauptherausforderungen für die österreichischen Banken. Obwohl im Jahr 2014 sowohl die konsolidierte NPL-Quote als auch die

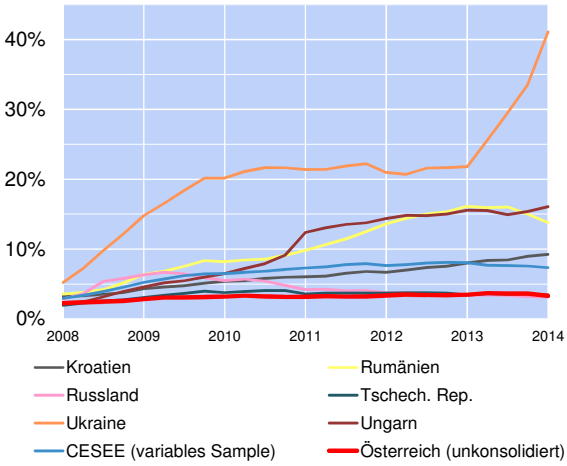
[6] Z.B.: FMA-Mindeststandards zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern (FMA-FXTT-MS)

Kreditwertberichtigungsquote sanken (auf 7,0% und 4,5%) und die Coverage Ratio[7] mit rund 65% deutlich höher als Ende 2013 war, ist diese Verbesserung maßgeblich der Restrukturierung der Hypo Alpe Adria geschuldet.

… getrieben von der sehr heterogenen Situation in CESEE

Die Wertberichtigungsquote der österreichischen CESEE-Tochterbanken verbesserte sich im Jahr 2014 zwar leicht auf 7,3% (Ende 2013: 8,0%), dies ist aber hauptsächlich auf einige wenige großvolumige Verkäufe zurückzuführen. Die Heterogenität der Kreditqualität bleibt dabei weiterhin hoch: Während die Wertberichtigungsquote in einigen der wichtigsten Gastländern unter 4% liegt (z.B. Tschechische Republik und Russland), ist sie in anderen Ländern deutlich über 10% (z.B. Ungarn, Rumänien, Ukraine). Die Abdeckung der notleidenden Kredite in CESEE mit Wertberichtungen lag Mitte 2014 bei rund 54%.

Wertberichtigungsquoten in CESEE-Ländern



Quelle: OeNB.

Schwieriges Umfeld und strukturelle Herausforderungen wirken sich negativ auf die konsolidierte Profitabilität aus

Aufgrund des dargestellten schwierigen Umfelds mit einem langsamen (Kredit-)Wachstum und schwacher Kreditqualität blieb die konsolidierte Profitabilität des österreichischen Bankensektors weiter unter Druck. Im Jahr 2014 fiel das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken (inkl. Auslandstöchter) mit 1,4 Mrd EUR zwar wieder positiv aus, nachdem im Jahr 2013 erstmalig ein Verlust von 1,0 Mrd EUR verzeichnet wurde, allerdings ist anzumerken, dass die Verluste der Hypo Alpe Adria International aufgrund der laufenden Abwicklung in diesen Zahlen nicht mehr enthalten sind. Wie schon im Vorjahr mussten zudem auch 2014 einige Großbanken hohe Abschreibungen auf Firmenwerte in CESEE vornehmen.

Im Detail bedeutet dies, dass der Betriebsertrag österreichischer Banken bei EUR 28,7 Mrd lag (2,8% unter der Vergleichszahl des Jahres 2013). Die wichtigste Ertragskomponente, das Zinsergebnis, das weit mehr als die Hälfte des Betriebsertrags ausmacht, stieg um 3,9%, während das Handelsergebnis merklich zurückging. Die Betriebsaufwendungen gingen zwar um 10,1% zurück, was unter anderem auf reduzierte Personalkosten zurückzuführen war. Der Sachaufwand blieb jedoch konstant. Kreditwertberichtigungen machten 2014 EUR 6,2 Milliarden oder 66% des

[7] Die Coverage Ratio beschreibt das Verhältnis von Wertberichtungen zu notleidenden Krediten.

gesamten Betriebsergebnisses aus und bedeuten somit eine erhebliche Belastung für die Ertragskraft österreichischer Banken. Auch blieb die operative Effizienz, gemessen an der Aufwand-Ertrag-Relation, mit knapp 69% im langjährigen Vergleich schwach (Durchschnitt der letzten 10 Jahre 64%).

Trotz leichter Verbesserungen hielt die strukturelle Ertragsschwäche im Inland an

Die Profitabilität im Inlandsgeschäft hat sich leicht erholt. Nach einem mehrjährigen Rückgang erhöhte sich der Betriebsertrag im Jahr 2014 um 5,3% im Jahresvergleich. Aufgrund des positiven Kapitalmarktumfelds kam es zu einer starken Erhöhung der Provisionen im Wertpapiergeschäft, und die Zinsmarge verbesserte sich leicht, da Einlagenzinsen niedrig blieben und Kredite besser bepreist wurden. Nichtsdestotrotz bleibt die Zinsmarge in Österreich weiterhin unter dem europäischen Durchschnitt, und das niedrige Kreditwachstum bedingt, dass sich die Margenerhöhung kaum auf den Bestand auswirkt und der Provisionsertrag aus dem Kreditgeschäft rückläufig ist.

Die Betriebsaufwendungen stiegen im Vergleich zu 2013 weiter kräftig an: Personal- und sonstige administrative Kosten erhöhten sich im Inlandsgeschäft um respektive 13,2% und 3,1%, was auf starre Kostenstrukturen hindeutet. Aufgrund des steigenden Profitabilitätsdrucks und der hohen Wettbewerbsintensität des österreichischen Bankenmarktes ist mit einer Fortsetzung des Restrukturierungs- und Redimensionierungsprozesses zu rechnen.

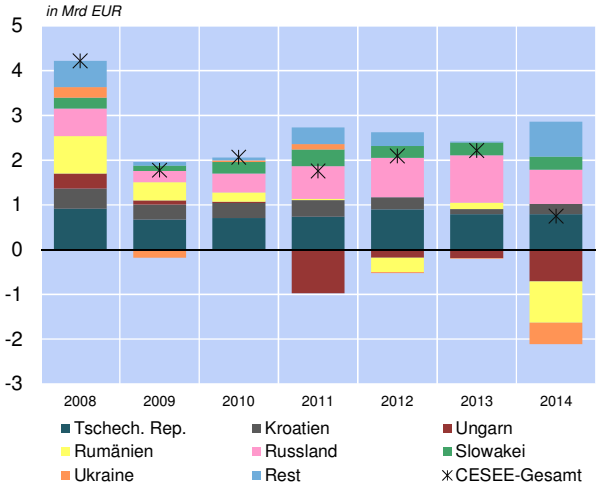
Das Betriebsergebnis ging im Jahr 2014 um 1,5% zurück. Die Nettorisikokosten fielen zwar um 8,2%, verbrauchten allerdings trotzdem fast das gesamte erwirtschaftete Betriebsergebnis. Aufgrund von negativen Einmaleffekten bei einzelnen Großbanken kam es insgesamt zu einem hohen unkonsolidierten Jahresverlust von rund EUR 6,7 Mrd[8].

[8] Dies ist auf Bewertungseffekte im unkonsolidierten Abschluss einzelner Großbanken zurückführen, die keine Auswirkungen auf das konsolidierte Ergebnis hatten.

Gewinnkonzentration auf einige wenige profitable CESEE-Märkte bleibt bestehen

Im Jahr 2014 erwirtschafteten die österreichischen Tochterbanken in CESEE ein Periodenergebnis von EUR 747 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang um zwei Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Diese Entwicklung ist hauptsächlich hohen Wertberichtigungsquoten, wie auch der makroökonomischen Abkühlung in einigen CESEE-Ländern geschuldet. Die Gewinnsituation blieb – wie auch bereits in den vergangenen Jahren – sehr heterogen und die Gewinnkonzentration auf profitable Tochterbanken insbesondere in der Tschechischen Republik und Russland stellt ein Risiko für die österreichische Finanzmarkstabilität dar (z.B. bei einer etwaigen Verschlechterung der Kreditqualität in Russland).

Periodenergebnis der österr. CESEE-Tochterbanken



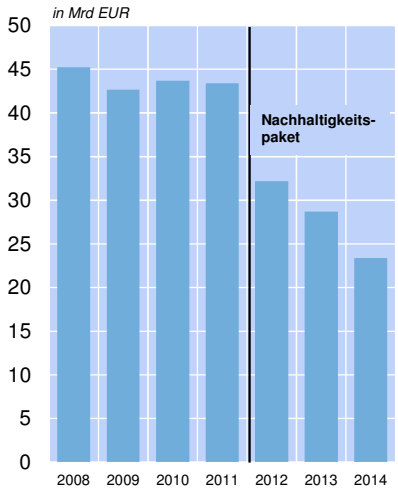
Quelle: OeNB. Die "Rest"-Zahl für 2014 umfasst erstmals auch Daten der Türkei.

Gute Liquiditätssituation der österr. Banken und stärkere lokale Refinanzierung der Tochterbanken im Ausland

Basierend auf dem Stresstest, der Teil der regelmäßigen Liquiditätsmeldung ist und einen Zeithorizont von 3 Monaten hat, kann die Liquiditätssituation der österreichischen Banken als stabil bezeichnet werden. Im Jahr 2014 hat sich die Liquiditätsausgleichskapazität deutlich erhöht. Auch die Liquiditätssituation in fremden Währungen hat sich merklich verbessert.

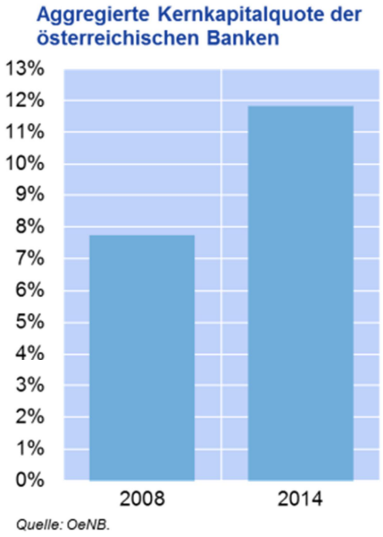
Durch die Veröffentlichung des aufsichtlichen Nachhaltigkeitspakets durch FMA und OeNB im März 2012, das unter anderem auf die lokale stabile Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken im Ausland fokussiert ist, hat sich die Abhängigkeit der CESEE-Tochterbanken von der Refinanzierung durch die Mutterbanken seit Ende 2011 fast halbiert.

Konzerninterne Liquiditätstransfers an CESEE-Tochterbanken



Quelle: OeNB.

Eigenmittelausstattung der Banken trotz Verbesserung weiterhin schwach



Die österreichischen Banken haben in den vergangenen Jahren ihre Eigenkapitalausstattung zwar kontinuierlich verbessert, insgesamt blieb die Kapitalisierung im internationalen Vergleich allerdings weiterhin unterdurchschnittlich. Per Ende 2014 lag die Kernkapitalquote des österreichischen Bankensystems bei rund 11,8% (harte Kernkapital- (CET1-) Quote: 11,8%). Die Leverage Ratio[9] lag zeitgleich bei 5,7%. Mehr als zwei Drittel der Bilanzsumme der österreichischen Banken ist bei Kreditinstituten mit einer Kernkapitalquote zwischen 10% und 12% allokiert.

In Anbetracht der schrittweisen Einführung der neuen Eigenkapitalvorschriften unter Basel III sowie der Risikoexponierung der österreichischen Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) müssen die österreichischen Banken weiterhin danach trachten, ihre Eigenmittelbasis zu stärken.

Entwicklung des Versicherungssektors[10]

Prämien steigen

Die Prämieneinnahmen des österreichischen Versicherungssektors stiegen 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 2,8% auf EUR 17,1 Mrd. Damit verwaltete die österreichische Versicherungsbranche per Jahresende EUR 91,3 Mrd. Die Bilanzabteilung Leben konnte in Summe einen Prämienanstieg von 3,8% verzeichnen, die Prämien der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung fielen jedoch um 16,1%. Ihr Anteil an den gesamten Prämien der Bilanzabteilung Leben hat sich in gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert von 28,4% auf 22,9% vermindert, nicht zuletzt wegen einer substantiellen Steigerung der verrechneten Prämien in der konventionellen Lebensversicherung. Teilweise kann dies auf Vorzieheffekte beim Abschluss von Lebensversicherungsverträgen vor dem Jahreswechsel 2014/15 zurückzuführen sein, der eine weitere Reduktion des höchstzulässigen garantierten Zinssatzes (von 1,75% auf 1,50%) mit sich brachte. Nachfragesteigernd wirkte ebenso die Senkung der Mindestlaufzeit für Rentenversicherungen von über Fünfzigjährigen von fünfzehn auf zehn Jahre. Vor diesem Hintergrund hat sich der Anteil der Einmalprämien in der Lebensversicherung in den ersten drei

[9] Definition ohne Berücksichtigung der Basel III-Übergangsbestimmungen ("Basel III fully phased in").
[10] Zum Berichtszeitpunkt lagen für das Jahr 2014 nur vorläufige Meldungen zum Jahrsende 2014 und nur für das direkte Geschäft vor.

Quartalen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 17,3% auf 23,5% erhöht; ein Großteil entfiel hierbei auf Rentenversicherungsverträge.

Die Prämieneinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung zeigten bis Jahresende einen Zuwachs von 2,0% auf EUR 8,5 Mrd. gegenüber dem Vorjahr. Auch das Prämienvolumen in der Krankenversicherung stieg um 3,2% auf EUR 1,9 Mrd. Beide Bilanzabteilungen verzeichneten somit ein Prämienwachstum, das betragsmäßig in etwa dem Trend der Vorjahre entspricht.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio. EUR	2012	2013	2014	Veränderung 2013/2014
Schaden/Unfall	8.152	8.367	8.534	+2,0%
Leben	6.434	6.419	6.663	+3,8%
hv. Fonds und indexgebunden	*1.847*	*1.822*	*1.529*	-16,1%
Kranken	1.754	1.821	1.880	+3,2%
Gesamt	16.34	16.608	17.077	+2,8%

Quelle: FMA

Aufwendungen für Versicherungsfälle steigen

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Jahr 2014 auf EUR 14,2 Mrd.; das entspricht einer Steigerung von 7,7% gegenüber dem Vorjahr.

Versicherungstechnisches Ergebnis sinkt

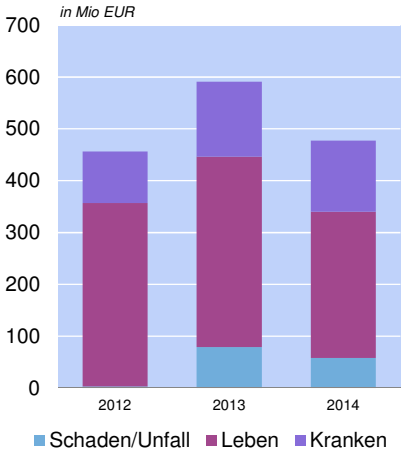
Zum Jahresende 2014 wiesen die österreichischen Versicherungsunternehmen ein versicherungstechnisches Ergebnis von EUR 477 Mio. aus (-19,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). In allen Bilanzabteilungen war die Entwicklung negativ, angeführt von der Schaden- und Unfallversicherung (-27,4%), gefolgt von den Bilanzabteilungen Leben (-23,1%) und Kranken (-5,5%)

Finanzergebnis leicht rückläufig

Das Finanzergebnis – Saldo aus Erträgen aus Kapitalanlagen und Zinserträgen und Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsenaufwendungen – belief sich 2014 auf rund EUR 3,2 Mrd. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraumfiel das Ergebnis, da die sinkenden Erträge aus Kapitalanlagen und Zinserträgen nicht durch die ebenfalls sinkenden Aufwendungen aus Kapitalanlagen und Zinsenaufwendungen ausgeglichen werden konnten.

Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen zeigt gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Veränderungen. Von den gesamten Assets haben die Schuldverschreibungen mit 45,6% nach wie vor einen dominierenden Anteil am Gesamtportfolio. Auf den weiteren Plätzen folgen Rentenfonds mit 16,3% und Aktien (inklusive Investmentfonds und Beteiligungen) mit 13,8%.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses



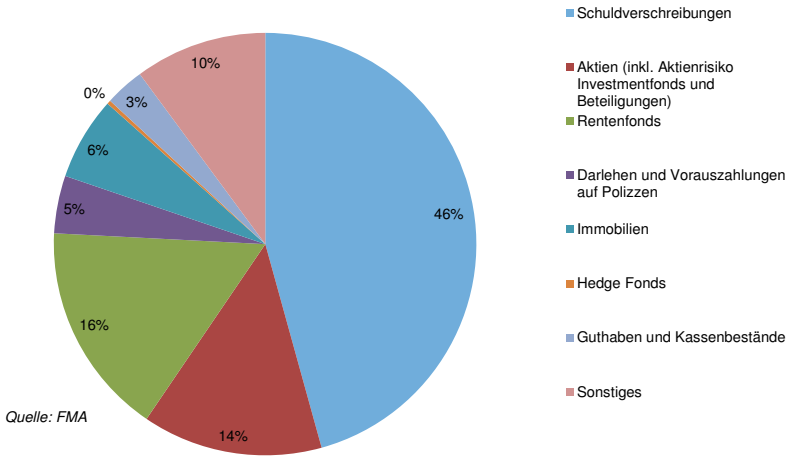
Quelle: FMA

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bei Lebensversicherungen gesunken

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich für das Jahr 2014 auf EUR 1,4 Mrd. (-5,9%). Der größte Beitrag (69,6%) resultiert dabei aus der Bilanzabteilung Schaden- und Unfallversicherung. Aus der Lebens- und der Krankenversicherung resultieren Beiträge in Höhe von 20,5% bzw. 9,9%.

Gegenüber dem Vorjahr ging das Ergebnis der Schaden-/Unfallversicherung um 1,0% zurück. Auch die Krankenversicherung verzeichnete einen leichten Rückgang um 3,3%, während der Lebensversicherungssektor, in dem das EGT um 20,3% zurückging, die vergleichsweise schwächste Performance aufwies.

Asset Allocation per Ende 2014 (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung, ohne anteilige Zinsen)



Quelle: FMA

Niedriges Zinsumfeld als größtes Risiko für die Versicherungen

Die überaus niedrigen Kapitalmarktzinsen stellen aktuell das größte Risiko für den Versicherungssektor dar, insbesondere für Lebensversicherungen, die dem Versicherungsnehmer

eine bestimmte jährliche Rendite garantieren. Der im Jahr 2014 durchgeführte Stresstest der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA zeigte wie erwartet die inhärente Diskrepanz zwischen den garantierten und den unter den vorgegebenen Szenarien eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds nachhaltig erzielbaren Renditen. Die österreichischen Teilnehmer wiesen im europäischen Vergleich ähnliche Bewertungseffekte aus wie ihre Peers aus anderen Ländern mit Garantien und Gewinnbeteiligungsmodellen in der Lebensversicherung. Weiterführende Analysen der FMA zum in der Zwischenzeit weiter dramatisch gesunkenen Zinsumfeld bekräftigen die gewonnenen Erkenntnisse zur Verwundbarkeit des Sektors gegenüber langanhaltend niedrigen oder gar negativen Zinsniveaus.

Resultierend aus dem Niedrigzinsumfeld entstehen weitere Risiken wie die geringe Profitabilität der Versicherungsunternehmen sowie ein „search for yield"-Verhalten, wodurch die Risiken in der Veranlagung gesteigert werden, um die garantierten Renditen erwirtschaften zu können. Auf der Investmentseite liegen die Risiken in einem möglichen Aufflammen der Eurokrise, die sowohl direkt den Wert der gehaltenen Staatsanleihen mindern würde, als auch indirekt über die relativ hohen Exposures gegenüber dem Europäischen Bankensektor den Versicherungssektor treffen könnte.

Um die Risiken aus einer anhaltenden Niedrigzinsphase frühzeitig zu adressieren, beobachtet die FMA laufend die Entwicklung der Referenzzinsen für den von ihr vorgeschriebenen Höchstzinssatz in der Lebensversicherung und hat bereits Ende 2013 Anbieter von Lebensversicherungen mit Garantien durch ein Verordnungspaket verpflichtet, zusätzliche Rückstellungen für bestehende Verträge zu bilden und diese bereits ab den Bilanzen des Geschäftsjahres 2013 zu berücksichtigen, um die Erfüllung dieser Garantien sicherzustellen sowie die Rückstellungen für das Neugeschäft zu erhöhen. Die Dotierung für den Bestand darf dabei nicht zu Lasten der Versicherungsnehmer erfolgen.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

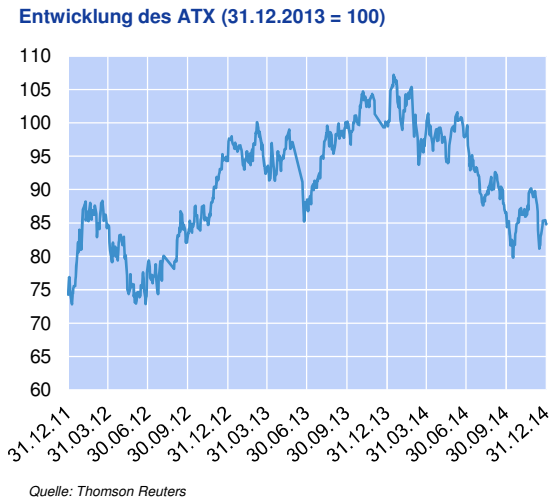
Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen profitieren von günstiger Kapitalmarktentwicklung

Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen profitierten im abgelaufenen Jahr von der günstigen Entwicklung der Kapitalmärkte, vor allem im Bereich der Staats- und Unternehmensanleihen. Im Durchschnitt aller Pensionskassen errechnet sich für 2014 eine Performance von +7,8%; überbetriebliche und betriebliche Pensionskassen lagen dabei in ihrer Performance annähernd gleichauf. Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg gegenüber Ende 2013 um 9,4% auf EUR 19,0 Mrd. Zum Ende des Jahres teilten sich die Assets wie folgt auf: 61,6% entfielen auf Anleihen und Darlehen, 32,8% auf Aktien sowie 3,0% auf Immobilien und 2,6% auf sonstige Assets. Gegenüber dem Jahresende 2013 stieg der Anteil der Anleihen um 3,4 Prozentpunkte, während der Aktienanteil um 2,1 Prozentpunkte rückläufig war.

Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg im gleichen Zeitraum um 2,8% auf rund 858 Tausend.
Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen waren in 2014 deutliche Wertzuwächse zu verzeichnen: Die durchschnittliche Performance belief sich auf +4,0%; das verwaltete Vermögen erhöhte sich auf EUR 7,3 Mrd. (+17,6%). Anleihen und Darlehen machten zum Ende des Jahres mit 84,8% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 11,6% in Aktien sowie 3,6% in Immobilien und sonstigen Vermögenswerten.

Entwicklung des Wertpapiersektors

ATX und Marktkapitalisierung gehen weiter zurück



Der österreichische Aktienmarkt beendete das Jahr 2014 mit Verlusten. Der Austrian Traded Index (ATX) ging um 15,2% auf 2.160 Punkte zurück, wobei ein Großteil der Verluste auf das zweite und dritte Quartal entfiel, getrieben durch die Unsicherheit in Folge der geopolitischen Spannungen in Russland und der Ukraine und die anschließenden Sanktionen westlicher Staaten, deren Auswirkungen auf österreichische Unternehmen mit starker Exponierung in CESEE von den Marktteilnehmern als negativ eingeschätzt wurden. Auch die sich weiter eintrübenden Konjunkturaussichten in der Eurozone wirkten zum Jahresende hin belastend, was auch in einem deutlichen Anstieg der Marktvolatilität resultierte. Verglichen mit anderen internationalen Aktienindizes entwickelte sich der ATX deutlich negativer: Der Deutsche Aktienindex (DAX) stieg im abgelaufenen Jahr um 2,6%, der europäische Stoxx 50 um 1,2%, und der US-amerikanische S&P 500 legte 11,4% zu.

Die Marktkapitalisierung des equity.at-Segments der Wiener Börse erreichte per 31. Dezember 2014 EUR 78 Mrd. (dies entspricht 24% des Bruttoinlandsprodukts) und damit rund 5 Mrd. weniger als zum Jahresende 2013. Die Umsätze im Aktiensegment (prime market) entwickelten sich im Jahresverlauf positiv. Gemessen am Vorjahreswert stiegen diese 2014 um 23,3% und beliefen sich, bei der üblichen Doppelzählung, auf EUR 47,7 Mrd.

Emissionstätigkeit an Wiener Börse beträchtlich erhöht

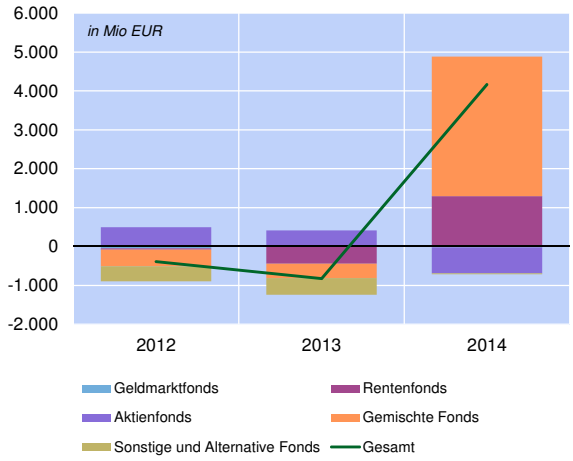
Die Emissionstätigkeit an der Wiener Börse erhöhte sich im abgelaufenen Jahr beträchtlich. Im Aktiensegment[11] wurde durch Neuemissionen und Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen in Höhe von rund EUR 4,4 Mrd. etwa so viel Kapital aufgebracht wie in den vier Jahren zuvor zusammengenommen.

Auch im Anleihesegment der Wiener Börse stieg das Emissionsvolumen gegenüber dem Vorjahr an: Mit EUR 54,5 Mrd. lag es 2014 um 9,9% höher als im Vorjahr. Hiervon entfielen EUR 13,3 Mrd. auf Anleihen von Finanzinstituten (-18,2% ggü. dem Vorjahr), EUR 7,2 Mrd. auf sonstige Unternehmensanleihen (+37,3%), EUR 2,8 Mrd. auf Performance-linked Bonds (+80,5%) und EUR 31,1 Mrd. auf Anleihen des öffentlichen Sektors (+17,5%).

Investmentfonds verzeichnen erstmals wieder Zuflüsse

Nach zwei Jahren mit Nettomittelabflüssen konnte der österreichische Investmentfondsmarkt im Jahr 2014 erstmals wieder Zuflüsse verzeichnen. Getrieben durch Mischfonds und Rentenfonds erreichten die Zuflüsse einen Wert von EUR 4,2 Mrd. Nettoabflüsse in Höhe von EUR 0,7 Mrd. waren hingegen bei Aktienfonds zu beobachten.

Entwicklung der Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds



Quelle: FMA

Per Jahresende erreichte das verwaltete Vermögen der österreichischen Investmentfonds EUR 157,8 Mrd., was einer Steigerung im Jahresverlauf von 8,6% entspricht. Unverändert stellen Rentenfonds die größte Anlagekategorie dar: Mit 44,6% (inkl. kurzfristig orientierte Rentenfonds) liegen sie vor den Mischfonds (40,7%) und deutlich vor Aktienfonds (14,2%).

Immobilieninvestmentfonds konnten ihren seit Jahren andauernden Wachstumstrend auch 2014 fortsetzen. Die Nettomittelzuflüsse beliefen sich auf EUR 0,6 Mrd., was leicht unterhalb des Vorjahreswertes (0,7 Mrd.) lag, aber gleichzeitig der drittbeste Jahreswert seit 2004 ist. Das veranlagte Vermögen in dieser Fondskategorie stieg im Laufe des Jahres von EUR 4,1 Mrd. auf 4,7 Mrd. (+15,2%).

[11] Nur geregelter Markt, inländische Emittenten

Tätigkeitsbericht

Das Finanzmarktstabilitätsgremium hat im Jahr 2014 zwei Sitzungen abgehalten. Die erste, konstituierende Sitzung fand am 8. September, die zweite Sitzung am 10. November statt.

Konstituierende Sitzung
Anfang September

Die konstituierende Sitzung des FMSG widmete sich grundsätzlichen Fragen für die zukünftige aktive Gestaltung des makroprudenziellen Auftrags durch das Gremium. Dazu wurden neben dem Beschluss der Geschäftsordnung vor allem die Prinzipien einer effektiven, pro-aktiven makroprudenziellen Aufsicht diskutiert sowie die umfangreichen makroprudenziellen Maßnahmen in anderen EU-Ländern erörtert.

Geschäftsordnung
einstimmig beschlossen

Die nach der Diskussion im Gremium einstimmig beschlossene Geschäftsordnung definiert neben notwendigen Formalitäten (z.B. Zusammensetzung des Gremiums, das Prozedere zur Einberufung von Sitzungen) vor allem die Rolle des Sekretariats des Gremiums.

Grundlagen der makroprudenziellen
Aufsicht wurden diskutiert

Die Einführung der makroprudenziellen Aufsicht ist eine der wesentlichen Lehren aus der Finanzkrise. In Österreich gibt es mit dem Nachhaltigkeitspaket und den FMA-Mindeststandards schon gewisse Erfahrungen mit makroprudenziellen Maßnahmen. Ein wesentlicher Aspekt ist die Abschätzung von Kosten und Nutzen von Maßnahmen, wobei die Herausforderung besteht, dass Kosten kurzfristig und sichtbar sind, während der Nutzen langfristig und weniger sichtbar ist. Das Gremium legt daher auf wissenschaftlich fundierte und transparente Auswirkungsstudien zu potenziellen Maßnahmen größten Wert.
Seit 1.1.2014 stehen in Österreich erstmals rechtlich bindende makroprudenzielle Instrumente zur Verfügung, deren effektiver Einsatz Finanzkrisen in Zukunft entgegenwirken bzw. ihre Kosten für die Allgemeinheit reduzieren soll. Dem Gremium erwächst damit eine große Verantwortung. Zu diesen Instrumenten zählen zum Beispiel der Systemrisikopuffer und strengere Anforderungen bei Immobiliensicherheiten. Ab 1.1.2016 kommen der antizyklische Kapitalpuffer und die Puffer für systemrelevante Institute dazu. Sonstige Instrumente sind nach europäischem Recht noch nicht zwingend vorgeschrieben und stehen in Österreich derzeit nicht zur Verfügung. Die laufende Überprüfung der Adäquanz der makroprudenziellen Instrumente in Österreich ist Teil der makroprudenziellen Strategie des FMSG. Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus SSM hat eine besondere Rolle in der makroprudenziellen Aufsicht: Zwar bleibt makroprudenzielle Aufsicht nationale Kompetenz, allerdings hat die EZB sogenannte „Top Up Powers“, d.h. die EZB kann strenger als die nationalen Behörden sein und selbst Maßnahmen setzen. Aufgrund von Reziprozität

für einige Instrumente haben Maßnahmen in anderen EU-Ländern auch unmittelbare Relevanz für die österreichischen Behörden.

In der zweiten Sitzung wurden die systemischen Risiken der österreichischen Banken, der Antizyklische Kapitalpuffer und der Systemrelevante Institute-Puffer (O-SIIB) sowie die Risiken aus den Entwicklungen in Russland/Ukraine diskutiert. Weitere Tagesordnungspunkte waren die Inhalte der ESRB-Empfehlung 2013/1 zu Zwischenzielen und Instrumenten der makroprudenziellen Aufsicht sowie die Ergebnisse des Comprehensive Assessment der EZB.

Systemische Risiken der österreichischen Banken

In der Analyse der systemischen Risiken der österreichischen Banken zeigte sich, dass diese einer Kombination von systemischen Risiken ausgesetzt sind: Die Größe des Bankensystems, das hohe Exposure gegenüber CESEE, die starke Vernetzung und hohe Konzentration innerhalb des Bankensektors, das Risiko aus der mangelnden Vorbereitung auf den Wegfall der impliziten Staatsgarantie sowie die niedrige Kapitalausstattung in Verbindung mit einer schwachen Eigentümerstruktur. Auch in den Analysen internationaler Institutionen (z.B. Internationaler Währungsfonds, Europäische Bankenaufsicht, Rating-Agenturen) finden sich Hinweise auf diese langfristigen systemischen Risiken zunehmend wieder.

Bericht zu Kriterien für AZKP und O-SIIB

Ab 1.1.2016 stehen dem Gremium zusätzliche makroprudenzielle Instrumente zur Verfügung. Der Antizyklische Kapitalpuffer (AZKP) adressiert das Risiko aus exzessivem Kreditwachstum. Ab dem Jahr 2016 müssen die Entscheidungen über die Höhe des Puffers und die Grundlagen dafür vierteljährlich veröffentlicht werden. In der Abschwungphase kann der Puffer wieder freigesetzt werden und so starke Schwankungen des Kreditwachstums hintanhalten. Aufgrund der zeitlichen Wirkungsverzögerung des AZKP ist die prospektive, quantitative Risikoanalyse von besonderer Bedeutung. Das Gremium legt daher besonderen Wert auf wissenschaftlich fundierte Methoden in diesem Kontext und lässt sich von der OeNB regelmäßig über die nationalen und internationalen Entwicklungen informieren.

Der O-SIIB zielt auf das Risiko, das eine Bank für das System darstellt, ab. Die EBA Richtlinie sieht folgende Kriterien für die Identifizierung von Systemrelevanten Instituten vor: Größe, Relevanz für die Wirtschaft, Bedeutung der grenzüberschreitenden Geschäfte, Verflechtungen mit dem Finanzsystem. Der O-SIIB steht ab 2016 zur Verfügung und ist mit maximal 2% limitiert.

Auswirkungen der negativen Entwicklungen in Russland und Ukraine

Die Diskussion zu den Auswirkungen der Entwicklungen in Russland und Ukraine zeigte, dass das Exposure der österreichischen Banken gegenüber Russland und Ukraine in Relation zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich hoch ist. Es wurde festgestellt, dass die direkten Auswirkungen der Sanktionen, die im September 2014 auf Europäischer Ebene

gegenüber Russland beschlossen worden sind, auf Österreich über den Handelskanal gering sind. Nichtlineare Effekte aus etwaigen Verschärfungen von Sanktionen und entsprechenden Gegenmaßnahmen wären jedoch schwer abschätzbar.

Kommunikation des FMSG

Das FMSG veröffentlichte nach seinen Sitzungen jeweils eine Pressemitteilung auf den Homepages von BMF, FMA und OeNB. Das Sekretariat des Gremiums richtete mit Beginn des Jahres 2015 eine Homepage des Gremiums ein, die unter www.fmsg.at die Grundlage der transparenten Kommunikation des FMSG mit der österreichischen und internationalen Öffentlichkeit darstellt. Neben grundlegenden Informationen zur makroprudenziellen Aufsicht werden Berichte zur Tätigkeit des Gremiums auf dieser Plattform veröffentlicht.

Empfehlung zu Kapitalpuffern wird vorbereitet

Wenngleich Fragen der Finanzmarktstabilität ein sehr dynamisches Aufgabengebiet darstellen, so sind wichtige Tätigkeiten des FMSG für die nahe Zukunft bereits absehbar.

Mit 1.1. 2016 treten weitere makroprudenzielle Kapitalpuffer in Kraft. Von besonderer Bedeutung für die Arbeit des FMSG im 1. Halbjahr 2015 sind der AZKP gemäß §23a BWG und der O-SIIB gemäß §23c BWG. Das FMSG wird Empfehlungen zur Kalibrierung des AZKP sowie zur Pufferhöhe und Einstufung von österreichischen Systemrelevanten Instituten an die FMA abgeben.

Weiterhin im Fokus des Gremiums werden die oben genannten langfristigen strukturellen systemische Risiken im österreichischen Bankensystem stehen. Einen weiteren Schwerpunkt werden die Entwicklungen im heimischen Immobiliensektor sowie die notwendigen Instrumente, um potenzielle Risiken zu adressieren, darstellen.

Neue Aufgaben ergeben sich für das FMSG aus dem Bankensanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG). Insbesondere besteht künftig ein Anhörungsrecht des FMSG bei Maßnahmen der Abwicklungsbehörde zur Beseitigung von Hindernissen bei einer Abwicklung nach §29 Abs. 5 BaSAG.